

9.7.92

dodis.ch/63252

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT
Rechtsdienst

212-rom

Bern,

Notiz

Swiss-American Chamber of Commerce, Zürich:
Vorstoss betreffend Umternehmensbesteuerung

Geht an: vwa

Kopie an: bal, web, rom

Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer macht in ihrem Schreiben vom 1. Juli 1992 darauf aufmerksam, dass die Schweiz im Steuerbereich Standortvorteile für internationale Unternehmen eingebüsst habe. Dies gelte namentlich im Vergleich zur EG, deren Mitgliedstaaten sich Steuervorteile zuhielten, wovon die Schweiz auch bei einem EWR-Beitritt profitieren würde. Zur Behebung der geltend gemachten Nachteile unterbreitet die Handelskammer gleichzeitig mehrere Vorschläge für die Änderung von einschlägigen Bundesgesetzen und tritt für die Anpassung der Doppelbesteuerungsabkommen mit den EG-Staaten ein. Es ist anzumerken, dass die entsprechenden Bereiche in den Papieren betreffend die jüngst angelaufenen Revitalisierungsbestrebungen (Bericht der Arbeitsgruppe "Ordnungspolitik" vom 22. Januar 1992, verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Revitalisierung der schweizerischen Wirtschaft, bürgerliches Deregulierungspaket) als Problembereiche erkannt worden sind.

ad 2: Beibehaltung bewährter Besteuerungsgrundsätze

- Beibehaltung der Doppelbesteuerung und damit des Beteiligungsabzugs für Dividenden, die von massgeblichen Beteiligungen stammen (keine Einführung des Anrechnungssystems): Sowohl die AG "Ordnungspolitik" als auch die Motion Cavadini streben die Beseitigung bzw. Milderung der Doppelbelastung von Aktiengesellschaft und Aktionär an, und zwar analog der Mutter-Tochter-Richtlinie der EG. Die AG "Ordnungspolitik" verlangt zudem, dies habe auf kurze Frist hin zu erfolgen, was dadurch erleichtert wird, dass Änderungen nur auf VO-Stufe notwendig sind. Verwaltungsinternes Papier: "wirtschaftliche Doppelbelastung AG-Aktionär".
- Revision des StHG, damit den Kantonen ermöglicht wird, ihr derzeitiges Angebot an Domizil- und gemischten Domizilgesellschaften beizubehalten:

ad 3: Einzuführende Steuererleichterungen

Dodis

- Freistellung der Kapitalgewinne aus Beteiligungsveräusserung: Cavadini will die Umsatzabgabe auf dem börsenmässigen Handel mit Wertpapieren und auf dem Geldmarktpapier abschaffen. Auch die AG "Ordnungspolitik verlangt, dass Umstrukturierungen von Unternehmen steuerneutral möglich sein müssen. Verwaltungsinterne Papier: "steuerliche Behandlung grenzüberschreitender Umstrukturierungen".
- Steuerliche Konsolidierung: Cavadini will "Möglichkeit der Erfolgsrechnung bei holdingverbundenen Gesellschaften" einführen; Ausserdem will er den Holding-Quellensteuersockel ausschalten. Die AG "Ordnungspolitik" verlangt auch die Senkung des Verrechnungssteuersatzes auf das EG-Niveau von 20 %, wobei Bankzinsen und Zinsen an Muttergesellschaften von der Verrechnungssteuer gänzlich zu befreien seien (wie EG-Richtlinie). Verwaltungsinternes Papier: "Verlustverrechnung bei verbundenen Unternehmen" und "korrespondierende Gewinnberichtigungen bei verbundenen Unternehmen", "Steuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzen im Mutter-Tochter-Verhältnis".

ad 4: Anpassung schweizerischer Steuergesetze und Doppelbesteuerungsabkommen an die neuen EG-Richtlinien

Die Handelskammer wünscht praktisch die staatsvertragliche Ausdehnung der Segnungen der Mutter-Tochter-Richtlinie und der Fusions-Richtlinie auf die Schweiz (mittels Abschluss eines Abkommens Schweiz - EG oder auf dem Wege der Revision der bestehenden bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen). In seinem Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft vom 18. Mai 1992 hat der Bundesrat festgehalten, dass es im Fall eines Nichtbeitritts zur EG (d.h. EWR oder Abseitsstehen) zweifellos ein schweizerisches Anliegen sei, die Besteuerungsgrundsätze im Verhältnis der Schweiz zu den übrigen europäischen Staaten an die Mutter-Tochter-Richtlinie anzugleichen. Der Bundesrat hat die Notwendigkeit einer Revision der Doppelbesteuerungsabkommen mit diesem Ziel erkannt (S. IV/92f.). Ein Abkommen entsprechenden Inhalts wurde bereits mit Schweden abgeschlossen und ein weiteres ist mit Deutschland in Verhandlung. Auch in bezug auf die Fusionsrichtlinie will der Bundesrat für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Unternehmensstandortes Schweiz sorgen (S. IV/95).

ad 5: Stempel- und Umsatzabgabe

- gänzliche Abschaffung der Umsatzabgabe: Die Vox-Analyse der Abstimmung über das Finanzpaket vom 2. Juni 1991 hat ergeben, dass sich das Volk nicht gegen die Mehrwertsteuer, sondern gegen das unübersichtliche Multipack ausgesprochen hat. Die Ablösung der WUST durch die Mehrwertsteuer wird deshalb weiterhin beabsichtigt. AG "Ordnungspolitik verlangt, diese Massnahme sei mittelfristig zu realisieren. Kurzfristig ist bereits die Beseitigung der Taxe occulte anzustreben. Beide Anliegen vertritt auch die Motion Cavadini, allerdings ohne zeitliche Ziele zu formulieren. Verwaltungsinternes Papier: "Ersatz Finanzordnung, Modernisierung Umsatzsteuer".

-
- Reduktion der Emissionsabgabe auf 1 %: Der Bericht der AG "Ordnungspolitik" vom 22.1.92 schlägt dies ebenfalls vor. Die Motion Cavadini geht sogar weiter und tritt für die vollständige Eliminierung der Emissionsabgabe wenigstens auf der Bildung von Aktienkapital ein. Verwaltungsinternes Papier: "Reform der Stempelabgaben".

Die im Rahmen der Revitalisierung vorgesehenen Änderungen der Steuergesetzgebung sollte den Anliegen der Handelskammer zumindest weitestgehend entgegenkommen. Wir sind uns ausserdem durchaus bewusst, dass eine Reduktion der Steuerbelastung, welche kurzfristig mit einem Einnahmenausfall verbunden ist, die Attraktivität des Unternehmensstandortes steigert und dadurch Steuersubstrat auf mittlere und längere Sicht durchaus zu erhöhen vermag.



Swiss-American Chamber of Commerce

Talacker 41, 8001 Zurich, Switzerland, Telephone: 01/211 24 54, Telefax: 01/211 95 72

2103.4

Herrn
Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
Vorsteher
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
Bundeshaus Ost
3003 Bern

1. Juli 1992

Steuerliche Wettbewerbsfähigkeit internationaler Unternehmen in der Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat Delamuraz

Als Beilage senden wir Ihnen einen "Vorstoss für die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für internationale Unternehmen in der Schweiz", welcher anhand konkreter Probleme eine Reihe von Empfehlungen beinhaltet. Wir haben dieses Papier den zuständigen Kommissionsmitgliedern der eidgenössischen Parlamente zugestellt.

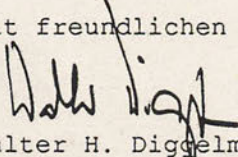
Die Mitglieder der Swiss-American Chamber of Commerce sind besorgt über die steuerliche Wettbewerbsposition der Schweiz im internationalen und insbesondere im europäischen Rahmen. Der Kammervorstand hat kürzlich das vorliegende Positionspapier verabschiedet.

Während das schweizerische Steuersystem in den letzten Jahren keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat, halten sich die EG-Staaten heute gegenseitig Steuervorteile zu, welche für ein Nicht-EG-Land keine Anwendung finden. Daran wird auch ein allfälliger EWR Beitritt der Schweiz nichts ändern, da Steuern nicht Gegenstand des EWR-Vertrages sind.

Durch das Festhalten am "status quo" hat die Schweiz ihre fiskalischen Standortvorteile weitgehend eingebüsst. Bereits heute findet eine zumindest partielle Verlagerung von internationalen Unternehmen ins Ausland statt. Ebenso hat der Zustrom neuer Unternehmen vorab auch von Holdinggesellschaften gänzlich aufgehört. Negative Auswirkungen auf die Beschäftigung sind seit einiger Zeit erkennbar.

Wir hoffen, dass diese Probleme und ihre wirtschaftlichen Konsequenzen in ihrer ganzen Tragweite erkannt und baldmöglichst Lösungen angestrebt und realisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen


Walter H. Diggelmann
Direktor



Swiss-American Chamber of Commerce

Talacker 41, 8001 Zurich, Switzerland

Telephone: 01/211 24 54

Telefax: 01/211 95 72

Vorstoss

für die Verbesserung der

steuerlichen Rahmenbedingungen

für internationale Unternehmen in der Schweiz

- Schnellschuss
- für Botschaft an BK
überflächlich
- US Firmen gründen
hier Holdings in CH
mehr
- Viele gründen gern
Leg
(in EG Quellensteuer
auf null)
in CH Erträge aus
EG - Firmen
besteuert

Positionspapier der

Schweizerisch-amerikanischen Handelskammer, Zürich

Juni 1992

1. Einleitung

Steuerliche Vorteile haben ursprünglich dazu beigetragen, dass zahlreiche ausländische Konzerne sich in der Schweiz niedergelassen haben, um von hier aus ihre europäischen Aktivitäten zu koordinieren. Obwohl einige dieser traditionellen Steuervorteile weiterhin für die Schweiz sprechen, wird die Attraktivität des Standortes Schweiz zunehmend in Frage gestellt. Die rasante Rechtsentwicklung im EG Raum hat dazu geführt, dass die schweizerischen Steuervorteile weitgehend wettgemacht wurden, und dass ausländische Konzerne statt der Schweiz einem innerhalb der EG gelegenen Standort den Vorzug geben. Europa findet ausserhalb der Schweiz statt! Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer ist besorgt über diese Entwicklung und möchte mit diesem Vorstoss ihre Bedenken einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

2. Beibehaltung bewährter Besteuerungs-Grundsätze

2.1 Doppelte Besteuerung des Ertrages von juristischen Personen

Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer erachtet eine Beibehaltung des gegenwärtigen Systems, in welchem Erträge von juristischen Personen zweimal besteuert werden, d.h. ein erstes Mal auf Ebene der Gesellschaft und ein zweites Mal auf Ebene der Anteilseigner, als sinnvoll. Dem Doppelbesteuerungs-System inhärent ist der Beteiligungsabzug für Dividenden, die von massgeblichen Beteiligungen stammen. Die damit verbundene fiskalische 'Duchlässigkeit' von schweizerischen Holdinggesellschaften ist nicht nur für inländische, sondern auch für ausländische Investoren attraktiv.

In diesem Zusammenhang ist auch das 'Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer' zu erwähnen, welches in Art. 69 die sog. Reinertragsmethode einführt. Im Gegensatz zur gegenwärtig verwendeten 'Rohertragsmethode', ergibt sich durch den Methodenwechsel für Beteiligungserträge eine weitreichende Steuerentlastung

Wollte man das gegenwärtige durch ein Anrechnungs-System ersetzen, so hätte das zur Folge, dass ausländischen Investoren Steuergutschriften über die Grenze gewährt werden müssten. Unsere Nachbarländer, allen voran Deutschland, bekunden enorme Schwierigkeiten mit diesem System, und sehen sich ausserstande ausländischen Investoren eine volle

EMPFEHLUNG

Steuergutschrift zu gewähren. Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer empfiehlt deshalb, dass das gegenwärtige Doppelbesteuerungs-System beibehalten wird.

2.2 Domizilgesellschaften

Das am 1. Januar 1993 in Kraft tretende 'Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden' (StHG) sieht vor, dass die von den Kantonen bis anhin verwendete Vielfalt von Domizil- und gemischten Domizilgesellschaften durch einen einheitlichen, für alle Kantone geltenden Gesellschaftstyp abgelöst wird. Die Kantone haben bis zum 31. Dezember 2001 Zeit, um ihre Gesetze den Bestimmungen des StHG anzupassen. Die vom StHG vorgeschlagene Einheitslösung umfasst die im Kanton Zürich bereits heute eingeführte Verwaltungsgesellschaft. Praktische Erfahrungen haben indessen gezeigt, dass das 'Zürcher Modell' bei weitem nicht jene Flexibilität und jene Steuervorteile bietet, die mit dem Status einer Domizilgesellschaft oder einer gemischten Domizilgesellschaft verbunden sind.

EMPFEHLUNG

Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer schlägt eine noch vor dem 1. Januar 2001 wirksam werdende Revision des StHG vor, welche es den Kantonen ermöglicht, ihr derzeitiges Angebot an Domizil- und gemischten Domizilgesellschaften beizubehalten.

3. Einzuführende Steuererleichterungen

Im schweizerischen Steuerrecht fehlen massgebliche Steuervergünstigungen, welche in andern europäischen Ländern angeboten werden. Die Schweiz würde wesentlich konkurrenzfähiger werden, wenn auch sie solche Bestimmungen erlassen würde:

3.1 Freistellung der Kapitalgewinne aus Beteiligungsveräusserung

Gemäss Art. 59 BdBSt kann für Dividenden, die von massgeblichen Beteiligungen stammen, der Beteiligungsabzug beansprucht werden. Kapitalgewinne, die sich aus der Veräusserung von massgeblichen Beteiligungen ergeben, sind vom Beteiligungsabzug nicht erfasst und unterliegen der ordentlichen Besteuerung. Dabei handelt es sich um eine im Gesetz nicht verankerte und von der Praxis latent veranlagte Beteiligungsgewinnsteuer.

Ansichts des Umstandes, diese Kapitalgewinne sowohl in den Niederlanden als auch in Luxemburg von der Besteuerung ausgenommen sind, ist es aus Sicht der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer ange-

zeigt, dass die Schweiz diese Steuervergünstigungen auch gewährt.

3.2 Steuerliche Konsolidierung

In vielen europäischen Staaten besteht ein System, welches die steuerliche Konsolidierung für zulässig erklärt. Das hat zur Folge, dass Gewinne der einen Konzerngesellschaft mit Verlusten der andern Konzerngesellschaft verrechnet werden dürfen. Die Zulässigkeit der Konsolidierung drängt sich namentlich deshalb auf, weil Konzerne ihre Aktivitäten oftmals auf verschiedene Gesellschaften verteilen müssen.

Im schweizerischen Steuerrecht werden Konzerne gemäss ihrem personenrechtlichen Status seit jeher als fiskalische Vielfalt betrachtet, in der jede einzelne Konzerngesellschaft ein eigenes Steuersubjekt darstellt.

Dieses Leitbild entspricht nicht mehr der Realität. Konzerne sind eine wirtschaftliche Einheit. Diesem Umstand muss nicht nur im Zusammenhang mit dem neuen, auf den 1. Juli 1992 wirksam werdenden Aktienrecht, sondern auch im Rahmen steuerlicher Anpassungen Rechnung getragen werden.

→ wo man dies aber nicht tut!

4. Anpassung schweizerischer Steuergesetze und Doppelbesteuerungsabkommen an die neuen EG-Richtlinien

Der Holdingstandort Schweiz kann nur dann erhalten bleiben, wenn auch schweizerische Gesellschaften in den Genuss jener Steuervorteile gelangen, welche in der EG ansässige Gesellschaften für sich beanspruchen können: Die 'Fusions Richtlinie', die 'Mutter Tochter Richtlinie' und weitere, derzeit sich noch in Vorbereitung befindliche Erlasse führen unweigerlich dazu, dass ein Standort innerhalb der EG attraktiver wird.

Die 'Fusions Richtlinie' erlaubt steuerbefreite Fusionen über die Grenze. Die 'Mutter Tochter' Richtlinie sieht vor, dass von einer Tochtergesellschaft an ihre ausländische Muttergesellschaft ausgeschüttete Dividenden weder einer Quellensteuer noch einer Ertragssteuer (im Sitzstaat der Mutter) unterliegen. Die steuerliche Vergünstigung ist an einfach zu erfüllende Voraussetzungen geknüpft: Mutter und Tochter müssen beide in der EG ansässig sein, und die Beteiligung der Mutter am Aktienkapital der Tochter muss mindestens 25 % betragen. Zwei weitere Richtlinien sind in Vorbereitung: Die eine sieht die Eliminierung von Quellensteuern auf Darlehenszinsen und Lizenzgebühren im Verhältnis Mutter Tochter vor, während die andere die steuerlich wirksame Übertragung von Verlusten zwischen Gesellschaften, die in verschiede-

→ RL 90/435/EWG, AB1. 1990 L225 6

+ überwinden in der die Besteuerung der Doppelbesteuerung
im Falle von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen
AB1. 1990 L225 10

nen EG Staaten ansässig sind, regeln soll.

Es ist jetzt schon abzusehen, dass die auf den 1. Januar 1992 in Kraft getretene 'Mutter Tochter Richtlinie' die europäische Steuerlandschaft nachhaltig beeinflussen wird. Selbst für nicht in der EG ansässige Konzerne stellt sich bereits heute die Frage nach der Einschlebung einer EG ansässigen (Sub-) Holdinggesellschaft, welche aus EG Ländern stammende Dividenden steuerfrei vereinnahmt.

Hält die Schweiz an ihrer gegenwärtigen Doppelbesteuerungsabkommens-Politik fest, ist zu befürchten, dass sie ihre Standortvorteile rasch einbüßen wird. Angesichts dieses Umstandes, ist die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer der Meinung, dass sich die Schweiz so bald als möglich zu einer EG kompatiblen Lösung entschliessen muss, indem sie entweder ein multinationales Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz-EG anstrebt oder aber entsprechende Anpassung ihrer, mit den einzelnen EG Staaten abgeschlossener Doppelbesteuerungs-Abkommen aushandelt. Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer ist sich der damit verbundenen Schwierigkeiten durchaus bewusst, zumal von Seiten der Schweiz nicht nur für Dividenden, sondern letztlich auch für Zinsen ein 0% Satz angestrebt werden muss (Lizenzen die aus der Schweiz ins Ausland fließen sind schon heute von der Verrechnungssteuer ausgenommen).

5. Anmerkung zur Stempel- und Umsatzabgabe

Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer hat mit Befriedigung von den im Oktober 1991 beschlossenen, die Umsatzabgabe betreffenden Steuererleichterungen Kenntnis genommen. Sie sind ein erster wichtiger Schritt in Richtung Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz. Es bleibt zu hoffen, auch dass der Souverän, diesem wichtigen Anliegen zustimmen wird.

Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer würde weitergehende Änderungen des Stempelgesetzes begrüßen, und sie tritt für eine gänzliche Abschaffung der Umsatzabgabe als sodann für eine Reduktion der Emission-sabgabe auf einen international vergleichbaren Satz von 1 % ein.

6. Schlussfolgerung

Die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer ist sich bewusst, dass nicht alle Anpassungen gleichzeitig an die Hand genommen werden können.

Erste Priorität kommt den vom Parlament beschlossenen Aenderungen der Umsatzabgabe, der Frage der Steuerbefreiung von Dividenden und Beteiligungs-Veräusserungsgewinnen zu.

Die vorliegend angeregten Aenderungen werden kurzfristig Mindereinnahmen nach sich ziehen. Ein konkurrenzfähiger Finanzplatz und ein Holdingstandort, welcher die gleichen fiskalischen Vorteile wie bspw. Holland bietet, werden jedoch mittel- bis langfristig Mehreinnahmen auslösen, im Sinne dass ausländische Konzerne wieder vermehrt den Weg in die Schweiz finden werden.

Einverstanden